

Medienmitteilung vom 10. November 2020

CVP Sense: «NEIN, aber...» zu den eidgenössischen Vorlagen und «JA sicher» zur kantonalen Vorlage!

Der erweiterte Vorstand der CVP Sense hat die Parolen für die eidgenössischen und kantonalen Abstimmungen vom 29. November 2020 gefasst. Die CVP Sense lehnt die Konzernverantwortungsinitiative und die Initiative «Für ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten» ab. Die kantonale Vorlage zur Pensionskassenreform des Staates Freiburg wird hingegen befürwortet.

Die CVP Sense stimmt den Anliegen der Initianten der Konzernverantwortungsinitiative grundsätzlich zu, sieht aber im Gegenvorschlag des Parlaments auf Gesetzesebene die geeignetere Lösung. Dieser sieht eine Berichterstattungspflicht und Sorgfaltsprüfung vor, durch welche die Unternehmen sogar mit einer Busse sanktioniert werden, falls sich diese nicht daranhalten. Mit der Haftungsbestimmung auf Verfassungsstufe und der umgekehrten Beweislast geht die Initiative zu weit und stellt die Konzerne und internationalen Unternehmen unter Generalverdacht Menschenrechtsverletzungen begangen zu haben.

Die Initiative «Für ein Verbot von Kriegsmaterialproduzenten» wird als nachteilig für den Finanz- und Wirtschaftsstandort eingestuft. Es gilt festzuhalten, dass bereits heute schon ein Verbot zur Herstellung von Atomwaffen, biologischen und chemischen Waffen sowie von Personenminen und Streumunition in der Schweiz besteht. Die 5%-Jahresumsatz-Klausel würde manche Unternehmen in Bedrängnis bringen, und zwar nicht nur Waffenproduzenten selbst, sondern auch die über 3000 Zulieferbetriebe. Die Schweiz als neutrales Land fördert Frieden zwischen Konfliktparteien auch weiterhin auf diplomatischer Ebene.

Die Pensionskassenreform für das Staatspersonal des Kantons Freiburg ist dringend zu befürworten, um die notwendigen Reformschritte zur langfristigen Erhaltung der Renten sicherzustellen. Die Umstellung vom Leistungs- zum Beitragsprimat entspricht der grossen Mehrheit der beruflichen Vorsorgeeinrichtungen. Langfristig ist ein Deckungsgrad von mindestens 80% anzustreben. Die Beibehaltung des heutigen Systems würde dieses Ziel verunmöglichen. Mit den Übergangsmassnahmen im Umfang von 380 Millionen Franken werden die Rentenverluste von Staatsangestellten mit 45 Jahren oder älter entsprechend ausgeglichen. Bei einer Ablehnung der Vorlage durch das Stimmvolk käme es zu einer technischen Reform durch die Aufsichtsbehörde, bei welcher mit Renteneinbussen von über 25% gerechnet werden muss.

Für Rückfragen:

Laurent Baeriswyl, Präsident CVP Sense, 078 603 23 01
laurentbaer@hotmail.com

Simon Biemann, Öffentlichkeitsbeauftragter CVP Sense, 079 568 35 84
simon.bielmann@hotmail.com